

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung.

(Schluß.)

L. D. 3. Feststellung des Etats des Wasserwerks pro 1887/88 und Mittheilung des Magistrats über seine Stellung zur Wasserwerkfrage und Antrag auf Beschließung dieserhalb. Im Laufe der Debatte einigte man sich, zuerst die Wasserwerkfrage zu erledigen, Referent in dieser war Herr Herzfeld. Nach Vortrag der Vorverhandlungen, welche durch wiederholte Anregung der Frage veranlaßt wurden, ob überhaupt und in welcher Weise eine von der bisherigen abweichende Normirung für die unentgeltliche Versorgung der Grundstücke mit Haus- und Wirtschaftswasser aus der öffentlichen Wasserleitung angezogen sei, sind vom Magistrats-Kollegium die verschiedenen innerhalb der städtischen Behörden laut gewordenen Wünsche und Meinungen einer eingehenden Beratung unterzogen worden. Eine besondere Erwägung hat hierbei der vom Kuratorium der Gas- und Wasserwerke gestellte und auf die eingehenden, beigefügten Unterlagen gestützte Antrag gefunden, eine Modifizirung der bisherigen Wasserentnahme für den Haus- und Wirtschaftsbedarf dahin herbeizuführen,

daß jedem Grundstücke ein nach der städtischen Grundsteuer zu bemessendes Wasserquantum und zwar von täglich 10 Liter pro Mark des jährlichen Steuerbetrags, mindestens aber von 25 Liter pro Kopf und Tag unentgeltlich zu gewährt sei.

Diesem Antrage gegenüber, dessen Tendenz in jeder Beziehung als eine den Zwecken der öffentlichen Wasserleitung entsprechende nicht zu verkennen ist, muß jedoch hervorgehoben werden, daß bei der hiermit verfolgten wohlgemeinten Absicht, die Wasserversorgung in möglichst gerechter Weise zu regeln, der vorgeschlagene Modus doch insofern nicht als ein gerechter kann betrachtet werden, als derselbe eine ungleiche Behandlung der größeren und werthvolleren Grundstücke im Gegensatz zu den geringeren und damit zugleich eine Bevorzugung der wohlhabenderen Einwohner zum Nachtheile der weniger bemittelten in sich schließt. Kann eine volle Gerechtigkeit zwar nur durch eine allgemeine Einführung der Wasserwerke erreicht werden, so wird doch schon unter Anderem in den Größenverhältnissen der bewohnbaren Räume der Wohnungen oder der Stagen zc. ein weit sicherer Anhalt als in der vorgeschlagenen Grundsteuer geboten. Vor Allem aber ist die finanzielle Seite der Frage nicht außer Betracht zu lassen. Ist auch die in der beigefügten Denkschrift bei Anwendung des beantragten Modus in Aussicht gestellte Mehr-Ausgabe von 10—15000 Mk. an sich nicht zu erheblich, um eine Aufbesserung, falls sie geboten ist, verhindern zu können, so steigt doch dieser Betrag bei der Kämmererei schon jetzt für die Versorgung der Einwohner mit dem Haus- und Wirtschaftswasser erwachsenden Kosten auf eine so beträchtliche Höhe, daß diese selbst mit der immerhin glänzlichen Steuerkraft unserer Stadt schließlich im Einklang steht. Dieser Umstand ist um so weniger außer Betracht zu lassen, als mit alleiniger Ausnahme von Erfurt, unserer Stadt die einzige in Deutschland und den angrenzenden Ländern ist, welche ihren Einwohnern den Genuß des Haus- und Wirtschaftswassers unentgeltlich gewährt. Dazu kommt aber schließlich noch der Umstand, daß das Bedürfnis zu einer Modifizirung des Wasserbezuges noch nicht in dem Maße hervorgetreten ist, um die in dem Antrage vorgesehene Vermehrung des Wasserquantums als begründet erscheinen zu lassen. Die beigefügte Denkschrift weist selbst darauf hin, daß in zahlreichen Grundstücken der Gesamtbedarf an Wasser, einschließlich des zu gewerblichen Zwecken verwendeten, noch nicht einmal den Einheitsloß von 25 Litern erreicht hat. Danach ist die Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen, daß bei der durch die vermehrte Wasserwerk-Einführung unvermeidbar gesteigerten Parakosten in der Wasserbenutzung auch in der Bürgerchaft die Ueberzeugung von der Unschicklichkeit mit jenem Quantum immer mehr Raum gewinnen werde. Diese Erwartung und die angegebenen Motive haben den Magistrat zu dem Beschlusse veranlaßt, die Entscheidung auf die Frage wegen einer Veränderung der in § 20 der bereits erwähnten Bestimmungen für die Vermehrung der öffentlichen Wasserleitung entsprechende Bestimmung behufs Wahrung sowohl eines gleichmäßigen und gerechten Verhältnisses als auch der städtischen finanziellen Interessen, gegenwärtig noch zu vertagen und dieselbe eventuell nach Ablauf eines Jahres, bis dahin der Verwaltung auf diesem Gebiete noch weitere Erfahrungen darüber geboten werden, nochmals in Erwägung zu ziehen.

Indem der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung unter Befügung der zugehörigen Schriftstücke, insbesondere der die bezüglichen Momente darlegenden Denkschrift des Gas- und Wasserwerks-Kuratoriums, seinen vorstehenden Beschluß zur Kenntnissnahme mittheilt, stellt er zugleich anheim, einen gallimendenden Beschluß herbeizuführen.

Die Finanzcommission ist auf der Meinung, noch die Ergebnisse des nächsten Jahres abzuwarten. Eine Aenderung ist geboten, aber schwer zu finden. Der Grundsteuermodus werde leicht Mißlichkeiten erregen. Zweckmäßig sei es, das Quantum in mäßiger Weise zu erhöhen, ein gerechtes und billiges Verfahren wäre es aber, wenn gleichzeitig die Einführung der Wasserwerke obligatorisch wäre.

Herr Bürgermeister Schneider führt aus, daß der Magistrat in vorliegender Frage offiziell noch nicht Stellung genommen habe und für Vertagung sei. Das jetzige Material genüge nicht, man müsse sich vor Experimenten

hüten, auf welche der Kuratoriums-Beschluß in seinen Consequenzen hinauslaufen könnte. Es sei von jeder Grundfrage gemieden, daß jeder Bürger gleichviel Wasser erhalte. Beim Vortrage des Kuratoriums wurde sich ein Ausfall von 15,000 Mk. ergeben, bei jetziger Finanzlage sei das viel. Auch hätten alle früheren Maßnahmen der Wasserwerks-Verwaltung nicht Veränderung sondern Erhöhung der Einnahmen bewirkt. Bei Annahme des neuen Principis würde z. B. die Acten-Brauerer 650 Liter, die Maschinenfabrik von Nibel 440 und kaufm. Geschäfte 2 bis 400 Lit. pro Tag erhalten. Damit würde der Weg verlassen, daß das gemeinliche Zweckes Kuratoriums ergebe sich auch ein bedenkl. Unterschied zwischen innerer und äußerer Stadt. Im Inneren habe ein kleines Gebäude, zumal wenn es Läden besitze, großes Quantum Wasser, während ein unbehaltmäßig großes Quantum Wasser, während auf der Peripherie ein großes Gebäude sich mit weniger Wasser begnügen müsse. Auch sei der Ausfall, den das Wasserwerk erleide, von der allgemeinen Steuerkraft zu tragen, und es werde dadurch die Steuerlast in unangenehmer Weise auf die kleinen Leute geschoben. Derselben Gründe hätten den Magistrat veranlaßt, auf den Vorschlag der Finanzcommission nicht einzugehen; Neigung dazu sei vorhanden, aber es sei erst genaue Prüfung nöthig, wie weit man ohne Schädigung der Stadt gehen könne. Mit den Wasserwerkern müßten erst im nächsten Sommer genügende Erfahrungen gemacht werden. Mehrere bittet schließlich um Vertagung. Herr Zwowski weist darauf hin, daß die Einwohner nicht freies Wasser hätten, da die Grundsteuer Äquivalent dafür sei. Warum sollte sie nicht auch Grundlage für die Bestimmung des freien Wassers sein? Die Beispiele des Herrn Bürgermeisters betreffs hohen Wasserempfanges bei Annahme des Modus des Kuratoriums ständen ganz vereinzelt da. Durch Aushebung der Rabatthöhe sei Ueberfluß erzielt, daher könnte jetzt die Mindereinnahme von 15,000 Mk. getragen werden. Es seien übrigens Restanten zu Hunderten da, die in Folge eines früher eingetragenen Antrags des Herrn Meyer, der nicht angenommen wurde, glauben, sie bräuchten nicht zu bezahlen, es sei dringend nöthig, daß diese Leute von ihrem Irrthum überzeugt würden. Herr Hillmann empfiehlt Annahme des Magistratsantrages auf Vertagung, wenn er auch sonst mit der Meinung des Magistrates nicht einverstanden sei. Auch er sei für Bemessung des Wassers nach der Steuer. Er erhalte nicht jeder Bürger gleich viel Wasser, wie der Herr Bürgermeister sage, vielmehr sei das Haus- und Wirtschaftswasser frei im unbeschränkten Maße, denn das Wasserwerk sei als hygienisches nicht als Erwerbsmittel gegründet. Es müsse gestattet werden, die Wasserwerke für Gärten apart anzubringen, resp. sie im Winter abzustellen. Der Magistratsantrag wird angenommen.

Der Etat des Wasserwerks pro 1887/88 liegt zur Feststellung vor. Derselbe balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 291 354,79 Mk.

Zu diesem Punkte ist Referent Herr Tombo, Korreferent Herr Zwowski. Der Referent bemerkt, daß die Finanzcommission die in den Etat eingeflossenen 8000 Mark für Wasserwerke zu streichen bitte und statt dessen nur 3000 Mark einzustellen, da auch nur 3000 Mk. Einnahme aus den Wasserwerken eingeflossen sei. Ferner bittet sie nicht zu genehmigen, daß das Kuratorium von den zu außerordentlichen Schuldenbeständen bestimmten 45000 Mk. die Summe von 30000 Mark auf seinen Dispositionsfond übertrage, um damit eine neue Rohranlage zu bekriegen.

Der Korreferent tritt für die 8000 Mk. für Wasserwerke ein. Die 5000 Mark, die gestrichen werden sollten, seien für Reparaturen und neue Wasserwerke bestimmt; die Verwaltung könne schon in Verlegenheit mit den im Vorjahre für Wasserwerke bewilligten Mitteln. Auch möchte nicht die Summe von 45000 Mark zur Schuldenbestimmung stehen lassen, wenn der Werth derselben unverändert bleiben solle. Wenigstens möge man 20000 Mk. für den Dispositionsfond bewilligen und nur 25000 Mk. zur Schuldenbestimmung einstellen.

Herr Bethke giebt Herrn Zwowski Recht, während Herr Bürgermeister Schneider dafür ist, daß die für die Rohranlage geordnete Summe in den Anleihe-Etat eingestellt wird und darauf hinweist, daß es der Wasserwerks-Verwaltung doch ganz gleich sein könne, aus welchem Fond sie die Summe erhält. Herr Stadtrath Helm spricht für Genehmigung der 8000 Mk. Herr Zwowski bleibt bei seinen Anträgen.

Die Verammlung genehmigt die 8000 Mk. für Wasserwerke, lehnt aber die Uebertragung der geforderten Summe in den Dispositionsfond des Kuratoriums ab. Der vorgeschrittenen Zeit wegen wird die Sitzung geschlossen.

Aus der Stadt und Umgebung.

Halle den 2. Februar.

* [Der Halle'sche Verschönerungs-Verein] hielt gestern Abend im Hotel garni zur „Tulpe“ unter Vorsitz des Herrn Dr. med. Thammhain seine Hauptversammlung ab. Aus dem Jahre 1886 ist ein Kassens-Bestand von 1251,52 Mk. geblieben; hinzutreten sind im Jahre 1886: Beiträge der alten Mitglieder 2997,50 Mk., der neuen 208 Mk., von der Sparkasse abgehoben 600 Mark, 84 Mk. Mark stehen 3241,41 Mk. als Ausgabe gegenüber.— Die Reithahn-Durchführungs-Angelegenheit betreffend, wurde bemerkt, daß dieselbe dem Ansichte nach einer den Wünschen

des Verschönerungs-Vereins und der kommunalen Vereine entsprechende Lösung entgegengehe. Befanlich soll die Stadt für die Freilegung des gedachten Grundstücks der Universität ein physikalisches Institut an Stelle der alten Universitäts-Bibliothek am Paradeplatze erbauen. Die Moritzburg anlangend, so ist man auch hier nicht abgeneigt, dieselbe für das größere Publikum zugänglich zu machen. Die Anlage einer befahrbaren Brücke über die Saale, unterhalb der Moritzburg, ist dann nur noch eine Frage der Zeit.— Die Würfelwiese hat Wasserleitung erhalten; ein Auslaufländer zum Gebrauch für das dort passirende Publikum ist an der Dreierbrücke aufgestellt worden. Die Beleuchtung des Hauptweges der genannten Wiese mit Gas geht, weil es Ueberwachungsgebiete ist, nicht gut an, wohl aber wird Bedacht darauf genommen werden, die Beleuchtung mittelst Petroleumlampen vorzunehmen. Die Ziegelwiese soll Ruhezige in Form von in die Erde eingelassenen Baumstümpfen erhalten. Auf der Rabatthöhe sind, Dank dem Entgegenkommen der Forstbehörde, Wege, bis jetzt 1000 Meter neu angelegt worden, im Sommer wird damit fortgefahren werden. Da auch noch die Anlage von Anheubänken dorthin beabsichtigt ist, so dürfte das Publikum dies Betreten des Vereins nur mit Freuden dankbar begrüßen können und seine Bemühungen unterstützen.— Die Dreierbrücke ist recht banal und der Festzeit nicht mehr entsprechend. Der Fiskus, der sie als Leihbrücke unterhält, wird dieses Jahr die Erneuerung derselben vornehmen lassen, allerdings in einfacher Holzkonstruktion, die 4500 Mark Kosten erfordert. Angeht dieses wäre es am Plage, wenn die Stadt Halle, für deren Einwohner diese Brücke von unendlichem Werthe ist, dazu beitragen wollte, daß die Brücke statt in der angebotenen Konstruktion, in einer besseren Ausführung errichtet werde. Aus den Sparkassenschriften würden sich schon die benötigten Mittel beschaffen lassen.— In Betreff der Steinmühle und der vom Oberamtmann Hart in Lettin in Aussicht genommenen Abholung der Höhen am Nordwest-Grüßwies, wurden ebenfalls Mittheilungen gemacht.— Das Freiberg-Donmal auf der Würfelwiese soll in seinen unteren Theilen zum Frühjahr Verbesserungen erfahren, auch die Umgebung derselben freundlicher Gestalt erhalten.— In Revision der Jahresrechnung wurden gewandt die Herren Rentier Wolff, Rentier Keil und Kaufmann C. Meyer. Schluß der Versammlung.

* [Deutsch-österreichischer Alpenverein.] In der am 29. Januar abgehaltenen Sitzung der Section Halle des deutsch-österreichischen Alpenvereins wurde zunächst der Abschluß der Jahresrechnung für 1886 vorgelegt und Decharge erteilt. Sodann hielt Herr Dr. Babst aus Göttingen, Mitglied der hiesigen Section, einen Vortrag über einige Hochtouren in den Dolomiten und in den Zillertaler Alpen. Nach einigen einleitenden Bemerkungen gab der Vortragende eine Schilderung seiner vorjährigen Tour durch die Dolomiten, die bei Toblach begann, ihn über Schludersbach, Monte piano und Paß Tre Croci nach Cortina, von da über Paß Gian nach Caprile, zum Alpeh-See und auf die Höhe des Fedajapasses führte. Die von hier aus unternommenen Hochtouren zur Forcella di Padon und insbesondere die Erstbesteigung des höchsten Gipfels der Dolomiten, der 3368 Mt. hohen, eisgepanzerten Marmolada wurde eingehend geschildert und der von diesem mächtigen Gebirgsstocke charakterist. Im weiteren Verlauf der Reise wurde das Hofjoch durchwandert, der Carezfließ überschritten und schließlich Bozen erreicht. Im zweiten Theil seines Vortrages schilderte Dr. Babst die von ihm wenige Tage später von der „Wiener Hütte“ aus unternommene Besteigung des Hochjochs, dessen schmale, schneebedeckte Pyramide sich bis zu 3506 Meter erhebt und die höchste Berg der Zillertaler Alpen ist. In Folge unglücklicher Witterungsverhältnisse war diese Bergtour indes eben so wenig lohnend, wie noch andere im obem Zillertal unternommene Wanderungen. Mit einer Erwähnung der auf der Rückreise eingeschlagenen Route (Achenje, Miumer Joch, Hinterriß, Vorderriß, Tegernsee) schloß der Vortrag. Den Rest der Sitzung nahmen kleinere geschäftliche Mittheilungen in Anspruch. Unter diesen ist ein Hinweis darauf hervorzuheben, daß weder für die alle 14 Tage erscheinenden „Mittheilungen“, noch für die „Zeitschrift“ des Alpenvereins ein besonderer Abnommens-Betrag zu entrichten ist, wie von neu eingetretenen Mitgliedern vielfach angenommen wird, sondern daß beide Schriften allen Mitgliedern gratis zugehen.

Verschiedenes.

* Anfang vergangener Woche ging im Danziger Kriminalbureau ein Schreiben mit der Unterschrift „Yon“ ein, in welchem der in einer Anstalt zu Danzig beschäftigte Maschinenist G. beschuldigt wurde, Zeichnungen von Maschinentheilen der Kriegsschiffe „Ganja“ und „Deutschland“ angefertigt zu haben, um sie in Landesverrätherischer Absicht an einen Lord Kear in London zu verkaufen. Kurz nach Eingang dieses Schreibens trat — wie die „Danz.“ Ztg.“ weiter erzählt — Maschinenist G. in das Bureau und überreichte einen Brief, in welchem sich zwei Zeichnungen befanden. Er gab an, das Schreiben, in welchem er angefordert wurde, die inliegenden Zeichnungen an Lord Kear in London zu senden und dafür 300 Mk. zu verlangen, durch die Post erhalten zu haben. Durch die sofort eingeleiteten Nachforschungen wurde der Angeber und Briefschreiber in der Person eines Maschinenisten ermittelt, der früher in derselben Anstalt wie G. angestellt war, und welcher durch diesen Nebenstreich den G. aus seiner Stellung hatte verdrängen wollen.



